

CLIMATE CHANGE

01/2010

Aufbau eines zentralen Informations-, Kommunikations- und Kooperationssystems für die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (IKK-DAS)

UMWELTFORSCHUNGSPLAN DES
BUNDESMINISTERIUMS FÜR UMWELT,
NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

Förderkennzeichen 3707 41 111
UBA-FB 001352

Aufbau eines zentralen Informations-, Kommunikations- und Kooperations- systems für die Deutsche Anpassungs- strategie an den Klimawandel (IKK-DAS)

von

Marcus Bloser

IKU GmbH, Dortmund

Johannes Venjakob

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Dr. Stephan Wilforth

tetraeder.com GmbH, Dortmund

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

UMWELTBUNDESAMT

Diese Publikation ist ausschließlich als Download unter
[http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-
medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3919](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3919)
verfügbar.

Die in der Studie geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen des
Herausgebers übereinstimmen.

ISSN 1862-4359

Herausgeber: Umweltbundesamt
Postfach 14 06
06813 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2103-0
Telefax: 0340/2103 2285
Email: info@umweltbundesamt.de
Internet: <http://www.umweltbundesamt.de>

Redaktion: Fachgebiet I 2.1 Klimaschutz /
Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass)
Clemens Haße

Dessau-Roßlau, März 2010

Berichtskennblätter

1. Berichtsnummer UBA-FB 00	2.	3.
4. Titel des Berichts Aufbau eines zentralen Informations-, Kommunikations- und Kooperationssystems für die Deutsche Anpassungsstrategie (IKK-DAS)		
5. Autor(en), Name(n), Vorname(n) Bloser, Marcus Venjakob, Johannes Wilforth, Stephan Dr.	8. Abschlussdatum 31.07.2009	
	9. Veröffentlichungsdatum März 2010	
6. Durchführende Institution (Name, Anschrift) IKU GmbH, 44135 Dortmund, Olpe 39 Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH 42103 Wuppertal, Döppersberg 19 tetraeder.com, 44137 Dortmund, Westenhellweg 103-105	10. UFOPLAN-Nr. FKZ 3707 41 111	
	11. Seitenzahl 40 Seiten	
	12. Literaturangaben keine	
7. Fördernde Institution (Name, Anschrift) Umweltbundesamt, Postfach 14 06, 06813 Dessau-Roßlau	13. Tabellen und Diagramme 5	
	14. Abbildungen keine	
15. Zusätzliche Angaben		
16. Zusammenfassung Das Forschungsvorhaben startete im April 2008 vor Verabschiedung des Kabinettsberichts der Bundesregierung zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS). In der DAS wird die Bedeutung der Information über Erfordernisse zur Anpassung und der aktiven Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen in den weiteren Prozess der Strategieentwicklung betont. Das Forschungsvorhaben hat dazu Vorschläge für eine Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen über das Internet und zur Einbeziehung von Stakeholdern über Dialog- und Kommunikationsprozesse gemacht. Diese Vorschläge basieren im Wesentlichen auf einer Interessenanalyse über Interviews mit Stakeholdern und der Wirtschaft zu deren Anforderungen und Erwartungen an die DAS. Daneben wurden internationale Beispiele zur Anpassung an den Klimawandel recherchiert und als „good practice“ in einer Broschüre für die Öffentlichkeitsarbeit aufbereitet. Für die Internet-Plattform www.anpassung.net wurden in Form von Projektsteckbriefen konkrete Vorschläge zur interaktiven Ausgestaltung der Plattform entwickelt.		
17. Schlagwörter Deutsche Anpassungsstrategie an Klimawandel, Dialog, Kommunikation, Stakeholder		
18. Preis:	19.	20.

Report Cover Sheet

1. Report UBA-FB 00	2.	3.
4. Report Title Development of a central information system, communication system and cooperation system for the German Strategy for Adaptation to Climate Change (IKK-DAS)		
5. Autor(s), Family Name(s), First Name(s) Bloser, Marcus Venjakob, Johannes Wilforth, Stephan Dr.	8. Report Date 31.07.2009	
6. Performing Organisation (Name, Address) IKU GmbH, 44135 Dortmund, Olpe 39 Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy GmbH 42103 Wuppertal, Döppersberg 19 tetraeder.com, 44137 Dortmund, Westenhellweg 103-105	9. Publication Date March 2010	
	10. UFOPLAN-Ref. No. FKZ 3707 41 111	
	11. No. of Pages 40 Pages	
	12. No. of Reference none	
7. Funding Agency (Name, Address) Umweltbundesamt (Federal Environmental Agency) Postfach 14 06, 06813 Dessau-Roßlau	13. No. of Tables, Diagrams 5	
	14. No. of Figures none	
	15. Supplementary Notes	
16. Abstract The research project started in April, 2008 before adoption of the cabinet report of the Federal Government to the German strategy for Adaptation to Climate Change. The German Strategy for Adaptation emphasizes the meaning of information about requirements for adaptation and the active involvement of all social groups in the other process of the strategy. For this the research project has made concrete proposals for the information, communication and participation of social groups. These proposals are based in the essentials on an interest analysis about interviews with stakeholders and the economy to their demands and expectations to the German strategy for Adaptation. Besides we have researched international examples for the adaptation to the climate change for the public relations. For the interactive development of the Internet platform www.anpassung.net concrete proposals were developed.		
17. Keywords German Strategy for Adaption to Climate Change, Dialogue, Communication, Stakeholder		
18. Price:	19.	20.

Inhaltsübersicht

0. Zusammenfassung	1
1. Aufgabenstellung und Vorgehensweise	4
2. Interessenanalyse zu Erwartungen und Anforderungen externer Akteure an die DAS	6
2.1 Vorgehensweise	6
2.2 Generelle Einschätzungen (Gesprächsbereitschaft, Wissensstand)	7
2.3 Bedeutung der Handlungsfelder	9
2.4 Konfliktfelder	12
2.5 Akteurslandschaft	14
2.6 Einflussfaktoren der Wahrnehmung	16
2.7 Anforderungen an den Aktionsplan Anpassung	17
2.8 Mitwirkungsbereitschaft der Akteure	20
3. Online-basierte Angebote	21
3.1 Meinungsbarometer	21
3.2 Maßnahmendatenbank	22
3.3 Terminkalender	23
4. Projektrecherche und Broschüre zur DAS	24
5. Empfehlungen zur weiteren Dialoggestaltung	25
6. Anhang	30
6.1 Gesprächspartner der Interessenanalyse	30
6.2 Gesprächsleitfaden zur Interessenanalyse	33

0. Zusammenfassung

Das Forschungsvorhaben wurde im April des Jahres 2008 gestartet. Zentrales Ziel war die Entwicklung von Instrumenten zur Information, Kommunikation und Konsultation zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Weitere angestrebte Produkte waren die Entwicklung von interaktiven Tools für die Internetpräsenz www.anpassung.net des Kompetenzzentrums für Klimafolgen und Anpassung des Umweltbundesamtes (KomPass) und die Erarbeitung einer Broschüre mit nationalen und internationalen Praxisbeispielen der Anpassung.

Im Dezember 2008 wurde vom Bundeskabinett die Deutsche Anpassungsstrategie beschlossen. Darin wird der Status-Quo zur Anpassung an den Klimawandel aus Sicht der Bundesregierung wiedergegeben. Als nächster wesentlicher Schritt wird darin die Erarbeitung eines Aktionsplans Anpassung bis zum Jahr 2011 angekündigt. Damit konnte auch das Ziel des Forschungsvorhabens als Beitrag zur DAS konkreter gefasst werden: Für den Zeitraum bis 2011 sollten Vorschläge zur Kommunikation und Konsultation zur Erarbeitung des Aktionsplans mit wichtigen Interessengruppen entwickelt werden.

Dazu wurde als zentraler Baustein des Forschungsvorhabens eine Interessenanalyse zu den Erwartungen und Haltungen wesentlicher Interessenvertreter an die Prozessgestaltung zum Aktionsplan durchgeführt. Dazu wurden im Zeitraum vom März bis Anfang Mai 2009 insgesamt 32 Gespräche geführt. Die in Absprache mit dem Umweltbundesamt ausgewählten Gesprächspartner sind fachliche Experten zu den Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sowie Vertreter aus Unternehmen und Verbänden und repräsentieren die Handlungsfelder der DAS.

Die Interessenanalyse hat zusammenfassend zu folgenden Ergebnissen geführt:

Generelle Einschätzungen

Die Unterscheidung zwischen „Mitigation“ und „Adaptation“ fällt vielen Gesprächspartnern schwer. Die Befragten äußern die Befürchtung, dass die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu weniger Handlungsdruck auf Treibhausgase reduzierende Maßnahmen des Klimaschutzes führen könnte.

Der Fokus einiger Gesprächspartner - z.B. der Energieversorger, der großen Unternehmen aber auch teilweise bei den Verbänden - liegt eindeutig auf Maßnahmen des Klimaschutzes, der auch als wesentlicher Beitrag zur Anpassung verstanden wird. Andere Akteure - dazu zählen insbesondere Umweltverbände, Versicherer, die Wasserwirtschaft und kommunale

Verbände – fordern dagegen zeitnah Konzepte zur Anpassung und eine aktive Beteiligung an der Entwicklung der Konzepte.

Der Handlungsbedarf zur Anpassung an den Klimawandel wird in Deutschland - im Gegensatz zu Entwicklungsländern - als deutlich geringer eingestuft. Für Deutschland werden daraus resultierend aber auch erhebliche Risiken gesehen, wie etwa eine zunehmende Flüchtlingsmigration aus Krisenregionen und ökonomische Auswirkungen durch Schwächung internationaler Finanzmärkte.

Zentrale Handlungsfelder der Anpassung in Deutschland

Für Deutschland werden die größten Auswirkungen durch zunehmende Extremwetterereignisse befürchtet. Hierzu wird die Erwartung formuliert, Konzepte zur Katastrophenvorsorge und -schutz handlungsfeldübergreifend zu entwickeln. Hier werden aus Sicht der Gesprächspartner in dem Kabinettsbericht die Wechselbeziehungen zwischen den Handlungsfeldern und die daraus resultierenden Konsequenzen für die dort verantwortlichen Akteure bisher nur unzureichend dargestellt. Dabei sollten nicht nur einzelne Extremwetterereignisse, sondern auch die Zunahme einer Vielzahl wiederkehrender kleinräumiger Ereignisse betrachtet werden.

Als wichtige Handlungsfelder in Deutschland werden akteursübergreifend der Küstenschutz, die Sicherung der Infrastruktur (z.B. Hochwasserschutz, Wasserversorgung, Verkehr, Ver- und Entsorgung, Energieversorgung), der Schutz der Gebirgsregionen und „klimasicheres“ Bauen genannt.

Die größten wirtschaftlichen Chancen werden im Technologie- und Know-How-Transfer aus Deutschland in international stärker betroffene Regionen gesehen. Zu diesen Innovationsbranchen werden z.B. die Gebäudetechnik, der Anlagenbau und diverse chemische, technische und pharmazeutische Produkte gezählt. Aber auch für die Landwirtschaft und für den Tourismus in Deutschland werden wirtschaftliche Potenziale gesehen.

Die Einschätzungen der Akteure zum eigenen Umgang mit dem Thema reichen von „Multiplikator für die Weitergabe von Informationen“ (Medienvertreter, Kommunale Spitzenverbände) bis hin zur „Entwicklung von eigenen Strategien mit klaren Zeitplänen“ (Wasserwirtschaft, Forstwirtschaft, Versicherungen). Manche Gesprächspartner arbeiten auch stark projekt- bzw. raumbezogen (z.B. Alpenschutz, Schutz der Elbe,...).

Einigen Gesprächspartnern liegt zurzeit der Fokus der Debatte bei der Bewertung der Folgen des Klimawandels zu stark auf ökologischen Betrachtungen. Sie gehen davon aus, dass die Anpassung an den Klimawandel auch erhebliche finanzielle Anstrengungen für die Bevölkerung mit sich bringen wird. Daher sollten auch Kriterien für die soziale Gerechtigkeit Gegen-

tand der DAS sein. Als Beispiele werden hier genannt, eine regional gerechte Verteilung der Aufwendungen bei regional ungleichem Auftreten von Klimafolgen zu erreichen oder bei der Förderung des Wohnungsbaus für sozial schwache Gruppen zukünftig auch Aspekte von Klimafolgen mit zu betrachten.

Themenfokussierung für den Aktionsplan

Für mehr Handlungsfähigkeit bei Maßnahmen und Konzepten der Anpassung an den Klimawandel wird mehrheitlich eine stärkere Themenfokussierung vorgeschlagen. Andernfalls bestehen – wegen der Breite der Themenfelder und der damit zusammenhängenden Komplexität der Akteurskonstellation – Befürchtungen einer Überforderung in der Strategieentwicklung und -umsetzung. Die Gesprächspartner sind sich aber auch im Klaren darüber, dass mit einer Themenreduzierung bzw. Priorisierung Konflikte zwischen den Interessengruppen zu erwarten sind.

Neben der Festlegung von sektoralen Handlungsfeldern sollten auch Strategien für Querschnittsthemen entwickelt werden - wie etwa ökologische, wirtschaftliche und soziale Stabilität, aber auch Informationsmaßnahmen und Bewusstseinsbildung - um so mehr Akteure für einen Dialog zu gewinnen (Stichwort „gemeinschaftliche Verantwortung“).

Akteure und Ansprüche an einen Dialog

Die Einbeziehung der Wirtschaft in die Ausgestaltung des Aktionsplans zur DAS wird von vielen Gesprächspartnern als wichtiger Erfolgsfaktor angesehen. Die Bundesregierung besitzt nach mehrheitlicher Einschätzung der Gesprächspartner in vielen zentralen Handlungsfeldern der DAS nicht die Regelungs- bzw. Umsetzungskompetenz. Daher wird der Bund eher in der Rolle des Moderators für den Ausgleich von Interessen der Bundesländer und Kommunen gesehen.

Die Finanzierung umfassender Maßnahmen wird erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen benötigen. Daher sollte der Bund für die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft Anreizsysteme zur Übernahme von Eigenverantwortung für eine vorsorgende Anpassung an den Klimawandel schaffen. Hierzu könnten im Dialog mit den betroffenen Zielgruppen entsprechende Governance-Strukturen entwickelt werden.

Die Bereitschaft zur Mitwirkung an einem Dialog der Bundesregierung zur Nationalen Anpassungsstrategie ist insgesamt hoch. Als Anforderung wird vielfach formuliert, mit überschaubarem Aufwand, klarer Zielsetzung und definierten Rollen zu arbeiten. Der angestrebte Aktionsplan wird als ein geeignetes Produkt gesehen, in dem Anforderungen und Beiträge relevanter gesellschaftlicher Gruppen in einem moderierten Prozess einfließen könnten.

1. Aufgabenstellung und Vorgehensweise

Im Rahmen des Forschungsvorhabens sollten Vorschläge für Instrumente und Methoden zur Information, Kommunikation und Kooperation bei der Umsetzung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) entwickelt werden.

Zielhorizont für die Gestaltung und Umsetzung entsprechender Instrumente für einen Dialog und Beteiligung ist insbesondere der in der DAS angekündigte Aktionsplan Anpassung. Diesen will die Bundesregierung bis zum Frühjahr 2011 vorlegen.

Inhalt des Aktionsplans sollen Grundsätze und Kriterien für eine Priorisierung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel des Bundes und der Länder sowie ein Überblick über konkrete Maßnahmen anderer Akteure, Aussagen zur Finanzierung Maßnahmen sowie Vorschläge zur Erfolgskontrolle sein.

In der DAS vom Dezember 2008 werden u.a. folgende Anforderungen an die Prozessgestaltung bei der Erarbeitung des Aktionsplans Anpassung benannt:

- „Um Vorsorge im privaten, wissenschaftlichen, unternehmerischen sowie behördlichen, nachhaltigen Planen und Handeln zu ermöglichen, ist es nötig, (...) Transparenz und Beteiligung durch einen breit angelegten Kommunikations- und Dialogprozess zu schaffen sowie verschiedene Akteure zu unterstützen, indem z.B. Entscheidungsgrundlagen und -hilfen bereitgestellt werden (...)“
- „ (...) Aus Sicht der Bundesregierung ist die Anpassungsstrategie deshalb als mittelfristiger Prozess anzulegen, in dem in transparenter und strukturierter Art schrittweise mit betroffenen Akteuren der Handlungsbedarf benannt, gegebenenfalls entsprechende Ziele definiert, Zielkonflikte feststellt und ausgeräumt sowie mögliche Anpassungsmaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Die bereichsübergreifende Priorisierung möglicher Anpassungsmaßnahmen ist damit eine zentrale Aufgabe des weiteren Prozesses der Anpassungsstrategie. (...)“

Damit sollen Stakeholder, Experten und die allgemeine Öffentlichkeit in den Prozess der Umsetzung und Weiterentwicklung der Anpassungsstrategie (auch über den Aktionsplan als nächsten wichtigen Schritt hinaus) eingebunden werden. Hierüber soll eine Verständigung auf gemeinsame Grundzüge der Strategie erreicht und eine eigenverantwortliche Ausgestaltung der Handlungsempfehlungen hin zu konkreten Maßnahmen erreicht werden.

In der DAS sind bereits viele Elemente angesprochen, die bei der Gestaltung dieses Prozesses zu berücksichtigen sind, u. a. Beteiligung von Ressorts, Ländern und Kommunen sowie weiterer Akteure wie kommunale Spitzenverbände, Umwelt- und Wirtschaftsverbände. Dar-

über hinaus sind bereits mögliche (technische) Formen des Prozesses erwähnt (Stakeholder-Dialoge, Fachgespräche, Fachkonferenzen, Online-Konsultationen).

Das Forschungsvorhaben hat das zentrale Ziel verfolgt, für die Weiterentwicklung von Informationsangeboten sowie Kommunikations- und Kooperationsstrukturen Vorschläge zu entwickeln. Dazu wurden folgende Leistungen erbracht:

- Arbeitspaket 1: Entwurf und Abstimmung alternativer Modelle für online basierte Lösungen der Information, Kommunikation und Konsultation im Rahmen der Internetseiten www.anpassung.net. Beratung bei der IT-gestützten Umsetzung des ausgewählten Konzepts.

Hier wurden neben der Analyse der vorhandenen Angebote der Internetseiten www.anpassung.net eine Kurz-Recherche anderer Internetangebote zu gesellschaftspolitische relevanten Themenstellungen – wie etwa der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung – vorgenommen. Unter Berücksichtigung der technischen Machbarkeit wurden Vorschläge für eine dialogorientierte Weiterentwicklung des Internetangebots www.anpassung.net entwickelt und abgestimmt. Diese sind in dem vorliegenden Bericht wiedergegeben.

- Arbeitspaket 2: Erarbeitung einer Broschüre mit internationalen Beispielen zur Anpassung an den Klimawandel, den Grundzügen der nationalen Anpassungsstrategie und laufender und geplanter Aktivitäten der Kommunikation und Kooperation.

Hier wurde eine umfangreiche Recherche von nationalen und europäischen Studien und Projekten zur Anpassung an den Klimawandel vorgenommen und in die vorhandene Projektdatenbank des Umweltbundesamtes aufgenommen. Eine Auswahl dieser Projekte wurde in die Broschüre aufgenommen, die 2010 erscheinen soll.

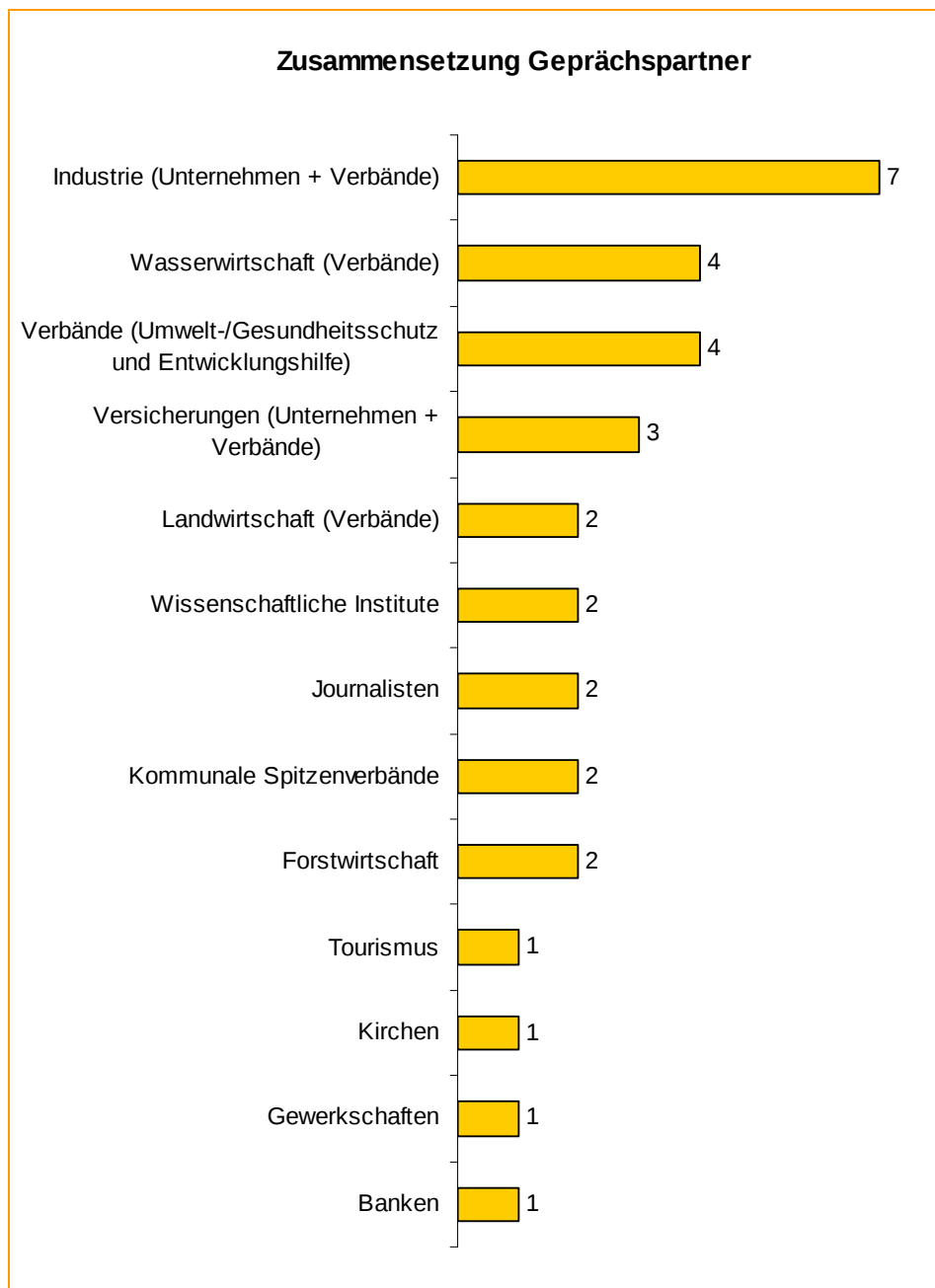
- Arbeitspaket 3: Entwicklung von Konzepten und Instrumenten der Kommunikation und Kooperation.

Hier wurde als Basis eine Interessenanalyse durchgeführt, um Einstellungen, Erwartungen und Haltungen zur DAS und dem geplanten Aktionsplan bei wesentlichen Interessengruppen aus Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen (NRO) abzufragen. Die Gesprächspartner - fachliche Experten sowie Vertreter aus Unternehmen und Verbänden - repräsentieren die Handlungsfelder der DAS. Die Gespräche wurden in dem Zeitraum zwischen März und Mai 2009 geführt. Eine Übersicht der Gesprächspartner und der verwendete Gesprächsleitfaden sind im Anhang enthalten.

2. Interessenanalyse zu Erwartungen und Anforderungen externer Akteure an die DAS

2.1 Vorgehensweise

Es wurden im Zeitraum von Anfang April bis Anfang Mai 2009 insgesamt 32 Gespräche (teils persönlich / teils telefonisch) geführt. Die Gesprächspartner wurden vom UBA vorgeschlagen (siehe dazu die Liste im Anhang).



Die Gesprächspartner erhielten mit der Anfrage für einen Gesprächstermin ein Hintergrundpapier zum Thema Anpassung an den Klimawandel und eine Kurzfassung der DAS. Die Gespräche wurden auf der Grundlage eines Leitfadens geführt (siehe Anhang).

Die Gespräche wurden als qualitative, halbstandardisierte Interviews geführt. Die Ergebnisse erheben nicht den Anspruch der Repräsentativität.

Im Ergebnis liegt eine Analyse von Haltungen, Erwartungen und Positionen der Gesprächspartner zur Bedeutung der Handlungsfelder der DAS und zur Prozessgestaltung des Dialogs bis zum Aktionsplan Anpassung in 2011 vor. Darüber hinaus wurden die Möglichkeiten und Grenzen eines Dialogs und die Bereitschaft für eine Mitwirkung sondiert.

Die Auswertung der Ergebnisse erfolgte im Rahmen von internen Auswertungsrunden zwischen den Interviewern. Ziel war es, Hinweise auf Gemeinsamkeiten und Schwerpunktthemen zu erhalten. Darüber hinaus wurden aber auch mögliche Konfliktfelder identifiziert. Die Gesprächsergebnisse sind in dem vorliegenden Bericht anonymisiert zusammengefasst.

2.2 Generelle Einschätzungen (Gesprächsbereitschaft, Wissensstand)

Es bestand überwiegend eine hohe Gesprächsbereitschaft. Trotz des engen Zeitrahmens von Anfang April bis Anfang Mai konnte die anvisierte Zahl von Gesprächen realisiert werden. Die in der Liste von KomPass mehrheitlich vorgeschlagenen Führungsspitzen der adressierten Institutionen haben die Gespräche teilweise auf die nächst untere Hierarchiestufe oder zu den fachlich Verantwortlichen delegiert. Die Gespräche hatten eine durchschnittliche Dauer von 1 Stunde (Telefonate) bis 2,5 Stunden (persönliche Gespräche). Die Fragen des Gesprächsleitfadens wurden insgesamt gut angenommen.

Die DAS war den meisten Gesprächspartnern zum Zeitpunkt des Interviews nur vom Hörensagen bekannt, einige hatten lediglich die mit der Gesprächseinladung versandte Kurzfassung gelesen. Ohne Kenntnis der versandten Kurzfassung gaben einige der Gesprächspartner an, die DAS gar nicht zu kennen.

Als Hauptgrund für die bisherige Unkenntnis der DAS wurde die vorherrschende Informationsflut zu den Themen Klimaschutz und Anpassung genannt. Gerade von staatlicher Seite würden in Deutschland eine Vielzahl von Forschungsprojekten und Studien von Bundes- und Landesministerien aufgesetzt, die nicht alle gelesen und ausgewertet werden könnten. Aus diesem Grunde werden hier auch Angebote zur „Navigation“ – wie etwa die Internetseiten von KomPass – als Unterstützung geschätzt.

Als wichtigste Informationsquellen wurden die Veröffentlichungen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPPC), das Grünbuch der EU zur Anpassung an den Klimawandel

2. Interessenanalyse zu Erwartungen und Anforderungen externer Akteure an die DAS

und die Internetseiten von KomPass (www.anpassung.net) angegeben. Ferner wurden Hochschulen und Institute benannt und Informationen „aus erster Hand“, z.B. von namhaften Referenten bei Veranstaltungen.

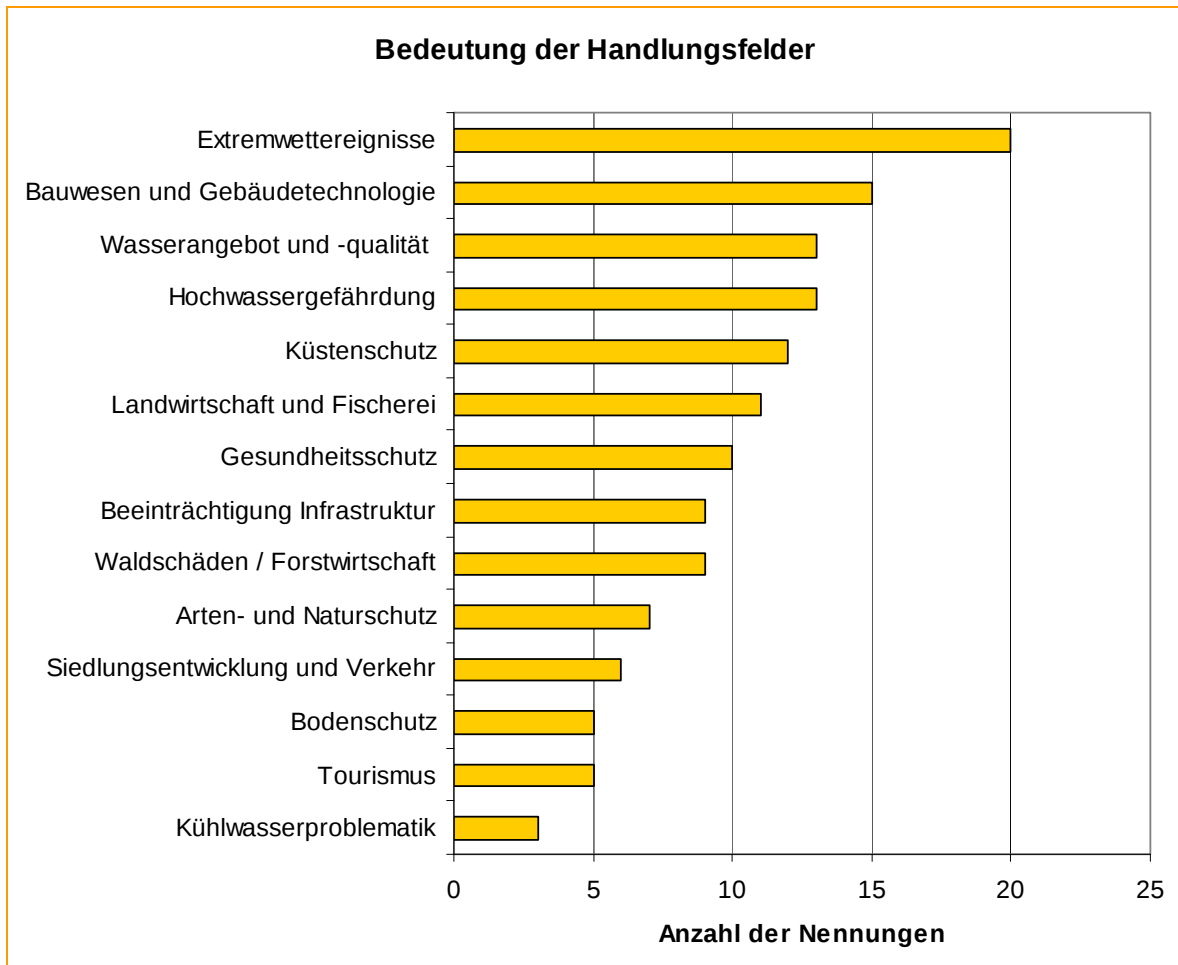
Als wesentliche Akteure wurden in Deutschland zurzeit die Politik - in erster Linie auf Ebene der Fraktionen und Abgeordneten auf europäischer und nationaler Ebene und auf Ebene der Bundes- und Landesministerien - gesehen. Wegen diesem hohen politischen Stellenwert und der hohen medialen Aufmerksamkeit seien in den Bundesressorts und Landesregierungen auch erhebliche Mittel zur Finanzierung von Studien bereit gestellt worden. Dies habe dazu geführt, dass bei wissenschaftlichen Instituten und auch Verbänden aus den Bereichen Umwelt und Entwicklungshilfe personelle Ressourcen aufgestockt worden sein. In der Wirtschaft und Verbänden würden Themen der Anpassung in erster Linie von schon geschaffenen Verantwortlichen und Gremien zum Thema Klimaschutz mit behandelt. Ausnahme würden hier die Versicherungs- und Wasserwirtschaft sowie international operierende Konzerne darstellen, die eigenständige Ressourcen freistellen, um sich mit den Auswirkungen des Klimawandels zu beschäftigen.

Die Gesprächspartner, die die gesamte DAS gelesen hatten, vermissten klarere (Ziel-) Aussagen zu angestrebten Veränderungen in Form von zukünftigen Zustandsbeschreibungen in den benannten Handlungsfeldern. Die Beschreibung der IST-Situation und der Prognosen wurde dagegen als weitgehend vollständig und aktuell eingeschätzt. Der breite Ansatz über die Beschreibungen möglicher Auswirkungen in 13 Handlungsfeldern wird zugleich wegen der damit verbundenen hohen Komplexität kritisch als Hürde für die Prozessgestaltung eines Dialogs eingestuft.

Als Lücke der DAS wurde beschrieben, dass Aussagen zu Verantwortlichkeiten für die Anpassung fehlen. Die Frage, die hier formuliert wurde, heißt: Welche Verantwortung hat der Staat, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft?

Bei den Handlungsfeldern zur Anpassung an den Klimawandel und zur Bedeutung der Akteure in der Debatte zeigten die Befragten eine deutlich größere Sicherheit, als bei den Antworten zur Prozess- und Dialoggestaltung.

2.3 Bedeutung der Handlungsfelder



Wir baten die Gesprächspartner die Bedeutung der Handlungsfelder einzuschätzen. Die obenstehende Grafik gibt die Ergebnisse der Bewertung nach Anzahl der Nennungen wieder.

Die Gesprächspartner bezogen sich bei ihrer Bewertung teilweise eng auf die für ihren Wirkungsbereich besonders relevanten Handlungsfelder, teilweise haben sie über ihre originären Bereiche hinaus Einschätzungen formuliert. Im Mittelpunkt der Antworten stand das Risikomanagement - insbesondere bei Extremwetterereignissen. In einigen Fällen wurden auch Chancen benannt. In den Antworten wurden teilweise die nationalen und die internationalen Auswirkungen mit Wirkung für Deutschland unterschieden.

Die für Deutschland am häufigsten erwarteten Auswirkungen des Klimawandels wurden wie folgt benannt:

Schäden durch Extremwetterereignisse (Hitze, Starkregen, Sturm, etc.)

Die Gesprächspartner gehen regionenübergreifend von einer Zunahme von Extremwetterereignissen (Stürme, Starkregen, Hagel, extremer Schneefall, Trockenzeiten, Hochwasser) aus.

Neue Anforderungen für das Bauwesen und die Gebäudetechnologie

Die Branche fühlt sich bisher in Studien zu wenig beachtet. Nach Ansicht der Interviewpartner müssen Wohnungsbestand und die Gebäude der Zukunft (Wohnen und Arbeiten) wegen zunehmender Materialbelastung gegen Extremwetterereignisse (Sturm, Hagel, Schneelasten, etc.) wie auch gegen steigende Innenraumtemperaturen gewappnet sein. Daher sei die Entwicklung und Erprobung neuer Gebäudetechnologien erforderlich.

Beeinträchtigungen der Infrastruktur (z.B. durch Hochwasser und Starkregen)

Nach Ansicht der Gesprächspartner werden die Anforderungen an den Hochwasserschutz in Küstenregionen und an Flussläufen steigen. Zusätzlich werden aber auch Konzepte für die Schadensvorsorge vor vermehrten Starkregen außerhalb der Küstenregionen und Flussläufe als erforderlich angesehen. Als Gründe werden genannt, dass die Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen und die Abflüsse nach Starkregenereignissen zunehmen werden.

Konfliktpotenziale an den Küsten

Die Befragten gehen von einem Anstieg des Meeresspiegels bei gleichzeitig tektonischer Absenkung der norddeutschen Tiefebene aus. Dies wird insbesondere Auswirkungen auf den Küstenschutz in den norddeutschen Küstenregionen haben. Als damit verbundene Konfliktpotenziale werden genannt: Eine Erhöhung der Deiche an den Küsten nimmt zusätzliche Flächen in Anspruch, die damit für andere Nutzungen (wie den Naturschutz) nicht mehr zur Verfügung stehen. Daraus ergeben sich verschärfte Flächennutzungskonflikte zwischen der Landwirtschaft, dem Bereich Wohnen, sowie für gewerbliche oder touristische Nutzungen.

Unsicherheiten und Umstellungen in der Landwirtschaft

Als Auswirkungen des Klimawandels nennen die Gesprächspartner: Anstieg der Durchschnittstemperatur und der Extremwerte führen zu länger andauernden Trockenheitsperioden und veränderter Bodenzusammensetzung und Wasserspeicherung der Böden sowie veränderter Schädlingszusammensetzung und Resistenz. Hierdurch wird Bedarf gesehen, neues Know-how zu entwickeln und Investitionsmittel bereit zu stellen, z.B. für Veränderungen bei der Bewirtschaftung (neues Saatgut, veränderte Bewirtschaftungstechnologien).

Know-how wird insbesondere über anstehende Veränderungen vor dem Hintergrund geringer Gewinnmargen in Land- und Forstwirtschaft als erforderlich angesehen.

Gesundheitliche Folgen

Die Interviewpartner erwarten eine Zunahme der Stärke und Frequenz von Hitzeperioden mit Auswirkungen auf die Gesundheit - insbesondere für ältere Menschen. Ein Anstieg der Durchschnittstemperatur führt zur Ausweitung von Zeckengefährdungsgebieten. Dies hat wiederum Auswirkungen auf den Tourismus und die Attraktivität von Lebensräumen für Menschen.

Kühlwasserprobleme für Flussanlieger

Durch Temperaturanstieg und Zunahme von Trockenperioden wird es laut der Gesprächspartner vermehrt zu Niedrigwasserständen an deutschen Flussläufen kommen. Dies kann für kühlwasserintensive industrielle Flussanlieger (z.B. Kraftwerke) ein Problem wegen des zu geringen Wasserangebots werden. Die Einleitung von zusätzlich erwärmtem Kühlwasser in die Flussläufe bei Niedrigwasser kann bei bereits hohen Gewässertemperaturen (negative) Auswirkungen auf den Fischbestand der Flussläufe haben.

Waldschäden

Extremwetterereignisse der Vergangenheit (z.B. Sturm Kyrill in NRW) haben bereits zu großen Schäden und zur Verunsicherung in der Forstwirtschaft geführt. Es wird insgesamt ein geringeres Wasserdargebot erwartet. Verändertes Klima in Verbindung mit einem veränderten Wasserdargebot führen zu veränderten Schädlingszusammensetzung. Damit verbunden sind Auswirkungen auf die Artenzusammensetzung. Weiter wird eine Zunahme der Schäden durch fehlende bzw. nicht ausreichendes Katastrophen- und Notfallmanagementpläne erwartet. Hier wird gefordert – ähnlich wie beim Brandschutz in den 90er Jahren - gemeinsam mit Behörden entsprechende Pläne zu erarbeiten und finanzielle Ausgleichssysteme zu entwickeln. Entsprechende Vorsorgemaßnahmen sollten frühzeitig und mit staatlicher Hilfe entwickelt werden, da eine Veränderung der Bestände erst über sehr längere Zeiträume möglich ist.

Gletscherschmelze Alpenregionen

Die Befragten erwarten eine Zunahme und Beschleunigung der Gletscherschmelze. Dies führt zunächst zu erhöhtem Hochwasserrisiko. Nach Abschmelzen der Gletscher ist eine Austrocknung der Flussabläufe mit Auswirkungen auf Ökosysteme und die Artenvielfalt zu erwarten.

Weniger Schneetourismus in den Gebirgsregionen

Es wird ein deutlicher Rückgang der Schneehäufigkeit in den Mittelgebirgsregionen mit Auswirkungen auf die touristische Attraktivität erwartet.

Internationale Auswirkungen - mit Bezug zu Deutschland

Gravierende ökonomische Auswirkungen von Klimakatastrophen erwarten die Gesprächspartner in südlichen Ländern. Damit einhergehend wird auf fehlende internationale Lösungen für den starken Anstieg von Flüchtlingen aus Krisenregionen verwiesen.

Durch eine Verstärkung der Durchfrostung des Bodens können sich Probleme bei der Energielieferung (z.B. eingeschränkte Funktionalität von Gaspipelines) ergeben.

Als Chance wird gesehen: Verbesserung der Exportchancen von in Deutschland entwickelter und angewandter Anpassungstechnologien und -Know-how.

2.4 Konfliktfelder

Mehrheitlich als größte Konfliktfelder werden benannt:

Räumliche Nutzungskonflikte

Der Klimawandel kann bestehende räumliche Nutzungskonflikte weiter verschärfen. Hier werden insbesondere der Deichbau und der Hochwasserschutz genannt. Auf angrenzenden Flächen an Flussläufen in Ballungsräumen und im Hinterland der Küsten liegt schon heute ein hoher Nutzungsdruck für landwirtschaftliche Nutzung, Wohnen, Gewerbe und Freizeit. Wenn noch nicht vom Menschen intensiv genutzt, besitzen diese Flächen häufig großes Naturschutzpotenzial. Werden nun im Zuge von Anpassungsmaßnahmen solche Flächen zum Absenken von Hochwasserrisiken verstärkt von menschlicher Nutzung freigehalten, werden sich Konflikte mit Kommunen wegen der damit verbundenen Einschränkungen der Stadtentwicklung und mit Eigentümern in Bezug zu deren Verwertungsinteressen ergeben.

Sicherheit des Wissens

Die Befragten erwarten Antworten der Politik auf die Frage: Wie groß muss das Wissen sein, bis politisch gehandelt wird? Was bedeutet bei der Anpassung an den Klimawandel konkret das Vorsorgeprinzip?

Allen ist dazu bewusst, dass heute noch in vielen Bereichen Wissenslücken zu den Auswirkungen des Klimawandels existieren und gleichzeitig vorhandenes Wissen unzureichend kommuniziert wird. Allerdings wird der Grad der Unsicherheit des Wissens über Vulnerabilität

und Klimaprognosen sehr unterschiedlich bewertet. Die Wissenschaft und Umweltverbände argumentieren, dass das bereits vorhandene Wissen ausreicht und aus Vorsorgeaspekten bereits jetzt politisch gehandelt werden müsste. Andere Gesprächspartner (z.B. Tourismus, Wirtschaft und Landwirtschaft) sehen in ihrem Zuständigkeitsbereich große Unsicherheiten und fordern vor fachpolitischen Programmen zur Anpassung an den Klimawandel zunächst kleinräumige Prognosen und belastbare Daten. Hier wird auf das Dilemma verwiesen, dass vor großen Investitionen eine größere Sicherheit in der Risikobeurteilung vorliegen muss. Umgekehrt besteht auch die Sorge um eine Entwertung vorhandener Anlagegüter (Versorgungssysteme, Kraftwerke, technische Ausstattungen in Fabriken).

Allerdings verweisen die Wissenschaftler darauf, dass der Möglichkeit einer kleinräumlicheren Prognose naturwissenschaftliche Grenzen gesetzt sind. Hier wird es eine politisch gesellschaftliche Aufgabe sein, den Begriff der Risikovorsorge in den verschiedenen Handlungsfeldern zu definieren.

Komplexität der Wirkungen

Die Komplexität der Wirkungen mit unklaren Verantwortlichkeiten in Verbindung mit einer Vielzahl von Zuständigkeiten für Lösungen (auf staatlicher Seite im föderalen System und der regionalen Unterschiede in den Wirkungen) stellt eine Handlungsbarriere dar. Die Handlungsbereiche des Klimawandels sind komplex. Sie reichen von makroökonomischen Betrachtungen, Aspekten der sozialen Gerechtigkeit, der Definition eines ökologisch gewünschten Zustands bis hin zu Aspekten, die in der kommunalen Planungshoheit liegen. Medial sind alle Bereiche betroffen: Boden, Wasser, Luft. Planerisch sind viele Nutzungsansprüche betroffen: Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Gewerbe, Naturerlebnis. Damit sind ressortübergreifend auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene auch viele Zuständigkeitsbereiche angesprochen. Ein effizienter und angemessener Umgang mit Komplexität der Wirkungen in Verbindung mit der großen Anzahl an Akteuren in den jeweiligen Wirkungsbereichen (medial, räumlich und wirtschaftlich) wird als eine der größten Herausforderungen bei der Entwicklung einer gemeinsam getragenen Anpassungsstrategie angesehen.

Bayesianisches Risikomanagement im Finanzsektor

Hierunter wird das Risiko verstanden, dass Unternehmenswerte wie beispielsweise Produktionsanlagen durch klimabedingte Extremwetterereignisse oder schleichende Veränderungen (Meeresspiegelanstieg, Verschiebungen der Vegetationsperioden oder Erosion) beschädigt werden können. Für die Schadenssummen sind aber nicht nur Wetterextrema verantwortlich. Auch unspektakuläre Wetteranomalien – wie etwa einige Regentage pro Jahr weniger, etwas häufiger Frost, etwas wärmere Sommertage - können nach den Statistiken der Rückversicherer Schadensausmaße erreichen wie sonst Naturkatastrophen. Zusätzlich sehen sich die Versicherer einem methodischen Problem gegenüber: Aufgrund des Klimawandels werden

Schadensstatistiken in ihrer Aussagekraft entwertet, so dass aus vergangenen Ereignissen nicht mehr auf künftige Schadensfälle geschlossen werden kann.

Soziale Effekte von Investitionsentscheidungen / Verteilungskonflikte

Wird (privates) Geld für Investitionen in die Hand genommen, konkurrieren in der Regel Individual- und Gemeinwohlinteressen. Wenn Lieferanten ihre anpassungsbedingten Mehrkosten in ihren Produkten „einpreisen“, werden betriebliche und private Anschaffungen teurer. Das gilt entsprechend für die Daseinsvorsorge (steigende Preise bei Energie, Wasser, Mobilität usw.). Hier sieht eine Reihe von Gesprächspartnern die Gefahr, dass soziale Härten auftreten. In eine ähnliche Richtung geht die Sorge um die „gerechte“ Verteilung von Steuermitteln des Bundes. Welche Akteure setzen sich durch, welche Maßnahmen bekommen (wie viel) Förderung?

2.5 Akteurslandschaft

Akteure mit schon heute großer Bedeutung

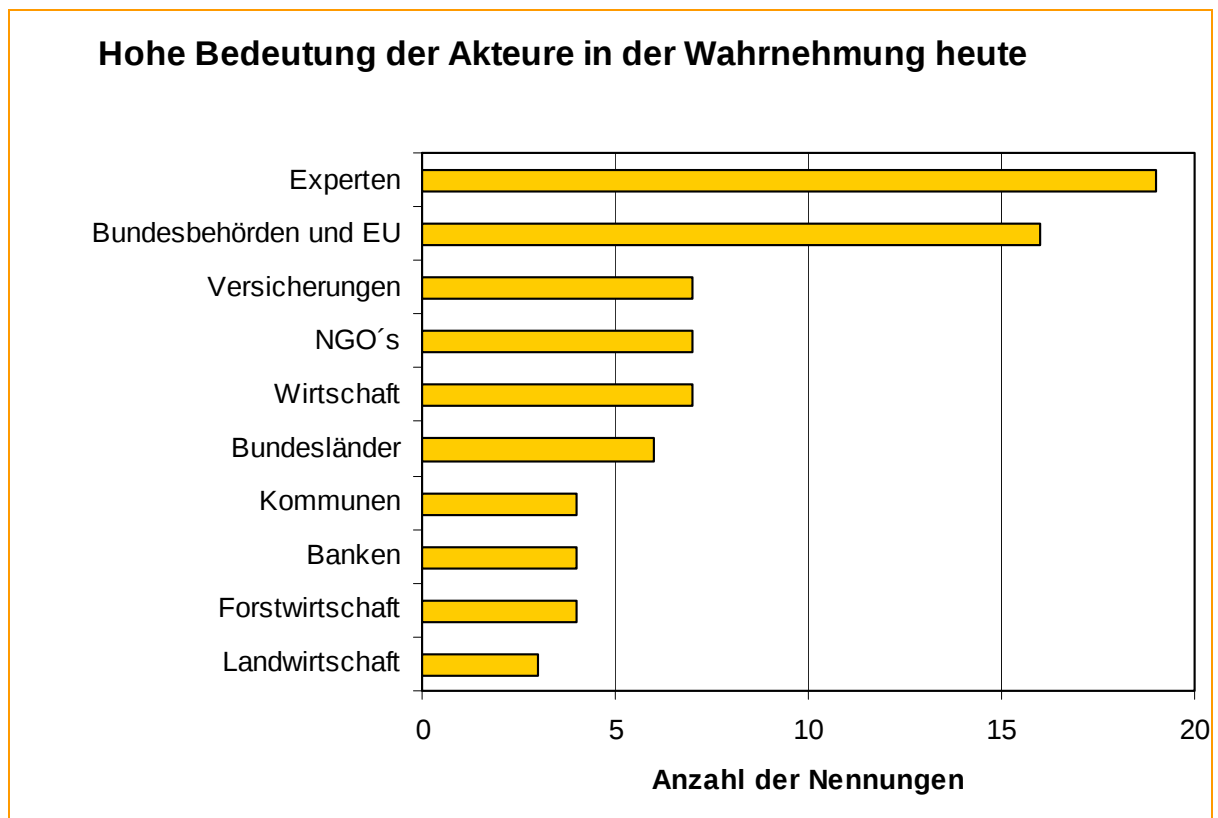
Versicherungen

Die Rückerversicherer sehen in den letzten Jahren national und international eine deutliche Zunahme von Schadensmeldungen zu Extremwetterereignissen. Allerdings besteht noch Unsicherheit, ob diese primär auf Veränderungen des Klimas oder durch ein weiteres Vordringen menschlicher Nutzungen in klimasensitive Bereiche erfolgt. Die Versicherungen sind für die Kalkulation ihrer Angebote darauf angewiesen, konkrete Informationen zur Beurteilung von Klimarisiken zu erhalten. Für die Verknüpfung des Wissens zur Beurteilung der Entwicklung zukünftiger Klimarisiken mit der Auswertung von Schadensereignissen sind sie an einem intensiven Dialog mit der Wissenschaft interessiert. Ebenso bei der Beurteilung der Empfindlichkeit unserer technischen Infrastruktur gegenüber sich veränderndem Klima.

Wasserwirtschaft

Die Themen Gewässerbewirtschaftung und Hochwasserschutz werden von den Befragten als heute schon bedeutsame Bereiche der Wasserwirtschaft benannt, die durch den Klimawandel zusätzliche Bedeutung erfahren werden. Für den Hochwasserschutz liegt die Verantwortung bei Ländern und Kommunen z.B. bei der Ausweitung von entsprechenden Überschwemmungsgebieten. Zum anderen geht es um die Bereitstellung von Wasser in ausreichender Qualität. Sollte die (saisonale) Trockensituation in bestimmten Regionen zunehmen, würde dies zu einem geringeren Wasserangebot bei steigendem Verbrauch (z. B. für land-

wirtschaftliche oder kleingärtnerische Bewässerung) führen. Trockenheit und vermehrte Erosion kann Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung und die Wasserqualität haben.



Forstwirtschaft

Die Sturmschäden der Vergangenheit (z.B. Kyrill) haben gezeigt, dass die vorhandenen Mechanismen zur Begrenzung bzw. Bewältigung der Schäden nicht ausreichen. Um eine Verödung und weitere Destabilisierung unserer Wälder zu vermeiden, ist eine regionale Umstellung der Bewirtschaftung auf „sturmresistente“ Arten anzustreben. Da solche Maßnahmen erst langfristig greifen, sollten sofort entsprechende Maßnahmen- und Gefahrenabwehrpläne mit den Bundesländern entwickelt werden, um die wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der Sturmschäden so gering wie möglich halten zu können.

Tourismus

In Wintersportregionen wird der Anstieg der Schneegrenzen und damit einhergehender Schneemangel zur Notwendigkeit führen, sich mit alternativen Formen des Tourismus in den betroffenen Regionen auseinanderzusetzen.

Akteure mit zukünftig größer werdender Bedeutung

Kommunen

In den Kommunen ist das Thema der Anpassung an den Klimawandel nach Einschätzung der meisten Gesprächspartner noch nicht angekommen. Hier dominiert zurzeit die Entwicklung von Klimaschutzkonzepten, in den meisten Fällen initiiert durch Anreizsysteme des Bundes (z.B. über den Wettbewerb Klimafreundliche Kommune). Kommunen werden wegen ihrer Planungshoheit bei der Bauleitplanplanung aber als wichtiger Akteur gesehen, der in der zukünftigen Strategieentwicklung einen höheren Stellenwert bekommen sollte.

Bauwirtschaft

In Kooperation mit Kommunen könnten über Pilotprojekte modellhaft Formen eines klimaverträglichen Bauens entwickelt und erprobt werden. Das Bauwesen kann über sein Know-how im Klimaschutz (Klimaeffizientes Bauen) Erfahrung und Kompetenz in die Debatte einbringen. Hier wird von den meisten Gesprächspartnern großes Potenzial in dem Export von in Deutschland entwickeltem Know-how gesehen.

Landwirtschaft, Saatguterzeuger

Bis auf Beispiele aus dem Weinbau (möglicher Anbau von „südlicheren“ Weinsorten aufgrund des Temperaturanstiegs) sind den Gesprächspartnern keine aktuellen Maßnahmen der Anpassung an den Klimawandel bekannt. Auch die Verbände rechnen mit größeren Zeiträumen der Anpassung in der Landwirtschaft. Saatguterzeuger produzieren und vertreiben in den meisten Fällen allerdings international. Auf internationaler Ebene wird größerer Bedarf an der Anpassung an den Klimawandel gesehen. Hier liegt die Aufgabe in der Entwicklung „stressresistenter“ Sorten. Ein mögliches Konfliktfeld könnte sich hier über den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut ergeben.

2.6 Einflussfaktoren der Wahrnehmung

In der breiten öffentlichen Wahrnehmung werden bisher fast ausschließlich ökonomische Betrachtungen des Klimawandels (Stern-Report) oder die Auswirkungen von Extremwetterereignissen und die damit verbundene „plakative“ mediale Aufmerksamkeit wahrgenommen.

Das Wissen zu Wirkungen des Klimawandels ist in den jeweiligen Wirkungsbereichen vorhanden, die Akteure kennen die dahinter liegenden Studien. Allerdings ist in den Handlungsfeldern auch eine sektorale Betrachtung feststellbar: Synergien, Schnittstellen und Abhängigkeiten werden selten mit betrachtet. Dies wird durch die Gesprächspartner als möglicher

Grund benannt für die Vielzahl an Studien, die mit gleichen Prognosedaten jeweils die Auswirkungen auf bestimmte Handlungsfelder betrachten.

Zum Stand des Wissens gibt es zwischen den Gesprächspartnern zwei gegeneinanderstehende Positionen:

1. Es ist genug Wissen vorhanden und jetzt muss - aus Vorsorgegründen - gehandelt werden. Das vorliegende Wissen muss (auch Handlungsfelder übergreifend) kommuniziert und daraus der Handlungsbedarf abgeleitet werden (Zitat aus den Gesprächen: „Wir haben kein Wissensproblem, wir haben ein Kommunikationsproblem“).
2. Die Ursache-Wirkungsbeziehungen sind noch unbekannt bzw. zu unsicher, um darauf aufbauend Maßnahmen entwickeln zu können. Allerdings wird hier teilweise auch eine kritische Haltung eingenommen: zurzeit beherrschen (zu) wenige wissenschaftliche Einrichtungen den Markt. Dies führt dazu, dass die Wissenschaft selber eine Vielzahl der Fragen stellt, und nicht Aufgaben und Fragen aus Politik und Wirtschaft bearbeitet.

Auf die Frage, wie zukünftig Sensibilität in der öffentlichen Wahrnehmung und damit auch politischer Handlungsdruck erhöht werden kann, sind die Gesprächspartner fast einvernehmlich folgender Meinung: Eine Zunahme von Wissen über die Auswirkungen des Klimawandels wird geringen Einfluss auf Anpassungshandeln auf allen Akteursebenen haben. Schlussfolgerungen für die Politik für die Erzeugung von Handlungsdynamik in der Gesellschaft sind:

- es passieren in kürzeren Abständen neue, Aufmerksamkeit erregende Katastrophen, die den Handlungsdruck erhöhen,
- der Staat orientiert sich neben der ökologischen Argumentation in Bezug zu Anpassungsnotwendigkeiten an den Klimawandel zusätzlich auf Themen der sozialen Gerechtigkeit,
- als Vorgabe des politischen und gesellschaftlichen Handelns wird das Vorsorgeprinzip stärker als Maxime verankert,
- Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft nehmen infolge der Einführung von zusätzlichen (ökonomischen) Anreizsystemen mehr Eigenverantwortung wahr.

2.7 Anforderungen an den Aktionsplan Anpassung

Als zentraler Wunsch wird benannt, über die DAS nicht nur neue Fragen, sondern auch Antworten auf bereits gestellte Fragen zu entwickeln. Übersetzt heißt das, nicht nur neue Forschungsprogramme aufzusetzen, sondern an der politischen Willensbildung zu arbeiten und vorhandene Erkenntnisse konkret in Handlung umzusetzen. Stellvertretend formulierte ein

2. Interessenanalyse zu Erwartungen und Anforderungen externer Akteure an die DAS

Gesprächspartner die Position so: „Wir sollten nicht nur über immer neue Studien zu den Auswirkungen des Klimawandels warnen, sondern auch konkrete Lösungen und Perspektiven aufzeigen“.

Mehrheitlich wird der Wunsch geäußert, sich gemeinschaftlich im Dialog auf wesentliche offene – und vor allem handlungsfeld- und akteursübergreifende Aspekte - zu verständigen und gleichzeitig zu benennen, in welchen Bereichen das vorhandene Wissen bereits für Maßnahmen ausreicht.

Als Vorteil für ein Kommunikationskonzept stellen viele Gesprächspartner die Perspektive der Orientierung des Dialogs auf den Nationalen Aktionsplan in 2011 heraus. So könnte der Dialog nicht nur zum Selbstzweck, sondern konkret auf ein Produkt hin mit definierten Ressourcen und Zeithorizont geführt werden.

Als Problem für einen Dialog wird allerdings die Komplexität des Themas und der Akteurskonstellation genannt. Mit einem Anspruch auf Vollständigkeit (Wirkungsbereiche und Verantwortlichkeiten) sind aus Sicht der meisten Gesprächspartner keine Handlungen zu erzeugen und kein Dialog zu führen. Verschärfend kommt hinzu, dass Verantwortliche für die Problemlösung in den Handlungsfeldern nicht klar benannt werden können und Szenariendaten unsicher sind. Daher wird vorgeschlagen, die Komplexität zu reduzieren, indem Prioritäten benannt werden und handlungsfeldübergreifend auf Themen fokussiert wird. Als Möglichkeit für die Fokussierung wurden die Themen Katastrophenvorsorge, Sicherung der Infrastruktur oder eine regionale Fokussierung vorgeschlagen. Der Aktionsplan sollte nach Ansicht der Gesprächspartner als Auftakt in 2011 mit einer Auswahl an Handlungsfeldern / Regionen verstanden werden, der sukzessive auf weitere Handlungsfelder oder Regionen fortgeschrieben werden kann.

Diese Fokussierung wird der Staat nicht alleine schaffen können, hierzu ist eine Verständigung zwischen wesentlichen gesellschaftlichen Anspruchsgruppen erforderlich. Aber auch diese Aufgabe der Verständigung wird als sehr anspruchsvoll gesehen, produziert sie doch Gewinner und Verlierer. Zur Auswahl der Handlungsfelder / Regionen für den Auftakt werden Spitzengespräche der Ressorts - federführend über ein Ministerium – mit Spitzen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft vorgeschlagen.

Eine weitere Gemeinsamkeit in den Erwartungen der Gesprächspartner: Der Staat sollte eine Vorbildfunktion übernehmen und mit guten Beispielen in eigenen Verantwortungsbereichen vorangehen (bauliche Maßnahmen, Katastrophenvorsorge, etc.).

Weitere aus den Gesprächen benannte Anforderungen an die Prozessgestaltung der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie (IMA Anpassungsstrategie) für einen Dialog zum Aktionsplan sind:

2. Interessenanalyse zu Erwartungen und Anforderungen externer Akteure an die DAS

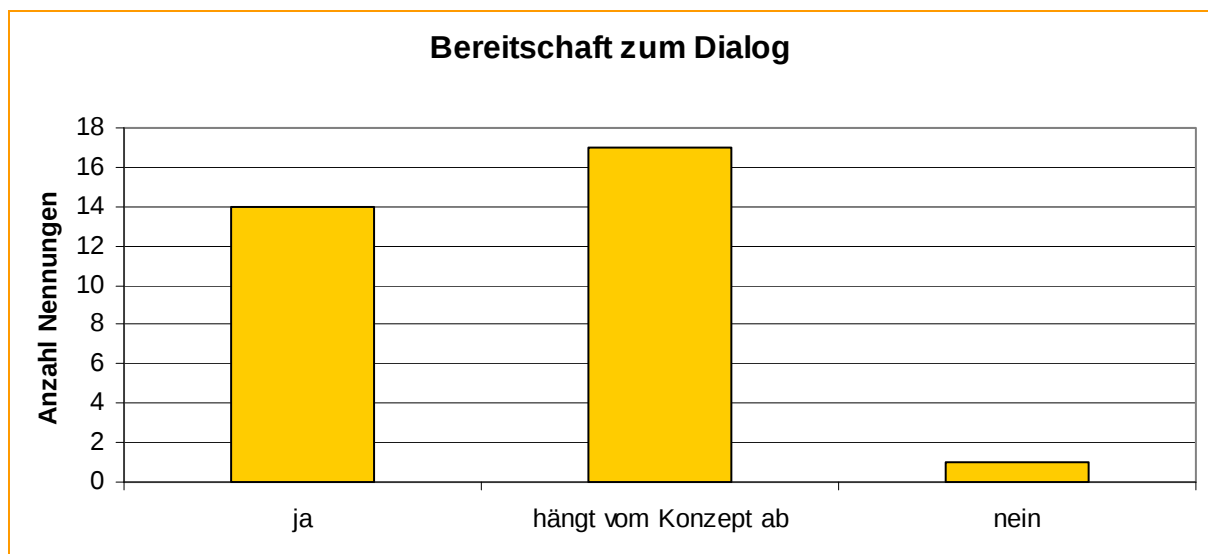
- Ressortabstimmung gut organisieren und die Länder aktiv einbeziehen. Der Bund muss im föderalen System steuern.
- Sektorübergreifende Kommunikation organisieren und Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen in den Handlungsfeldern vernetzen.
- Die Arbeitsebene einbeziehen: Betroffenen und „Praktiker“ aus Wirtschaft, Kommunen, Länder und der Zivilgesellschaft sollten frühzeitig an der Entwicklung des Aktionsplans beteiligt werden.
- Klar die Ziele, den finanziellen und zeitlichen Aufwand und die angestrebten Produkte der Anpassung an den Klimawandel in Deutschland beschreiben. Hierbei bietet der Aktionsplan als Zielhorizont – insbesondere mit der strategischen Option der Definition eines Einstiegs über einen Auftakt - eine Chance. Der Aufwand, die Produkte und die Ziele des Aktionsplans sollte in der Startphase des Dialogprozesses klar beschrieben werden.
- Dialog auf Konsensbildung orientieren, Misstrauen überwinden, flexibel auf Entwicklungen reagieren. Klimaschutzdebatten haben in der Vergangenheit bei einigen Akteuren auch Narben hinterlassen, sowohl bei der Wirtschaft („Grüne Spielwiesen“) als auch bei zivilgesellschaftlichen Akteuren („Grüne Deckmäntelchen“).
- Das Bundesumweltministerium sollte als federführendes Ministerium eine gute fachliche Beratung für den Dialog organisieren und für Antworten auf Fragen der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassung (IMA) und die in den Dialog einbezogenen Akteure zur Verfügung stellen. Es sollten daher Spezialisten für sektorale Betrachtungen und Generalisten mit Systembrille für Interdependenzen und Dominoeffekte beratend in den Dialog eingebunden werden.
- Gemeinsam entwickeln „IMA Anpassungsstrategie“ und die in den Dialog einbezogenen Akteure ein „aktivierendes“ Kommunikationskonzept zur DAS und setzen Impulse / Anreize für Eigeninitiativen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dazu sind Appelle alleine nicht ausreichend. Bundesländer, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollten eingeladen werden, eigene Beiträge - ggf. sogar über Selbstverpflichtungen oder einen Kodex - zu dem Aktionsplan zu liefern.
- Die „IMA Anpassungsstrategie“ und die Bundesländer sollten ergänzende sektorenübergreifende Stakeholder-Dialoge initiieren und auswerten (Anforderungen aus der DAS an Stakeholder-Dialog und Transparenz mit Leben füllen).
- Bei der Gestaltung eines Dialogs zu dem Aktionsplan sollte die Steuerungsebene von der Arbeitsebene getrennt werden. Die Steuerungsebene könnte die Aufgaben der Fokussierung auf prioritäre Handlungsfelder und die Verständigung auf offene Fragen übernehmen. In die Steuerungsebene können Vertreter der Führungsspitzen von Wirt-

2. Interessenanalyse zu Erwartungen und Anforderungen externer Akteure an die DAS

schaft und Nichtregierungsorganisationen eingebunden werden. Auf der Arbeitsebene könnten Fachleute aus Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen - ebenfalls als Repräsentanten der ausgewählten zentralen Handlungsfelder und im Auftrag der Steuerungsebene – Lösungsvorschläge zu den prioritären Handlungsfeldern erarbeiten.

- die Bildung strategischer Allianzen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft zur Verstärkung des Anreizes zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung unterstützen.

2.8 Mitwirkungsbereitschaft der Akteure



Hohe Bereitschaft für eine Mitwirkung im Dialog haben signalisiert:

- Versicherungen
- Umweltverbände (insbesondere NABU und Alpenschutzverein)
- Energie- und Wasserwirtschaft
- Forstwirtschaft
- Wohnungswirtschaft

Für eine aktive Einbindung empfohlen wurden:

- Wassernutzer, speziell industrielle Flussanlieger in aktive Rolle bringen.
- Neben Wirtschaftsverbänden auch Einzelunternehmen (insbesondere kleine und mittlere Unternehmen).

- Bisher nicht aktiv an der Diskussion beteiligte Gruppierungen (Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände). Dabei ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen für eine nachhaltige Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen.

3. Online-basierte Angebote

In der Startphase des Vorhabens wurden folgende online-basierte Modelle zur Weiterentwicklung der Internetseiten www.anapssung.net vorgeschlagen:

- Entwicklung eines allgemein zugänglichen und zentralen Wissensportals zur DAS im Internet
- Entwicklung einer begleitenden Plattform im Internet zu einem real geführten Dialog
- Nutzung neuer Ansätze des Web 2.0 (z.B. Blogs), um Impulse für eine breite Diskussion im Internet zu setzen („Steine ins Rollen bringen“)

Im weiteren Verlauf des Vorhabens – insbesondere nach Verabschiedung des Kabinettsberichts zur DAS im Dezember 2008 – wurden für die online-basierten Lösungen zunächst folgende Ausrichtungen vereinbart:

- Der Variante Web 2.0 wird wegen der Ausrichtung auf eine breite Beteiligung (der allgemeinen Öffentlichkeit) in der Startphase der DAS wenig Erfolgsaussicht gegeben. Diese kann nach einem intensiveren Dialog mit Stakeholdern und der Erarbeitung des Aktionsplans Anpassung zu einem späteren Zeitpunkt gestartet werden.
- Die Erweiterung der Internetseiten www.anpassung.net zu einem Wissens-Portal wird empfohlen. Hier sollen auch Möglichkeiten für die Einbindung externer Akteure in die Pflege/Entwicklung des Portals berücksichtigt werden.

Nach Prüfung der technischen Realisierungsmöglichkeiten wurde vereinbart, zunächst für die Elemente „Meinungsbarometer“, „Maßnahmendatenbank“ und „Terminkalender“ die folgenden neue Angebote auf www.anpassung.net zu realisieren.

3.1 Meinungsbarometer

In zahlreichen Bereichen wurde dieses Instrument bereits adaptiert. Die bekannteste Anwendung ist sicherlich das „ZDF-Politbarometer“.

In allen Anwendungen werden komplexe Sachverhalte, die sich überdies regelmäßig nur schwer kardinal messen lassen, durch eine Auswahl gezielter - meist qualitativer - Fragen erhoben. Ziel derartiger Befragungen ist die kontinuierliche Erhebung vorherrschender Mei-

nungen, Einschätzungen und Stimmungen in regelmäßigen Intervallen, um über mittel- bis langfristige Beobachtungszeiträume Veränderungen bis hin zu Trends bestimmen zu können.

Aufgrund der Erhebungsmethodik lassen sich die Befragungen leicht auswerten und einfach medienwirksam in „Barometern“ darstellen. Für den Bereich Anpassung an den Klimawandel soll diese Methode ebenfalls angewendet werden. Zielgruppe sind Experten über die bestehenden Netzwerke.

Bei einer solchen Befragung ist die Grundgesamtheit innerhalb einer Zielgruppe bekannt. Hierdurch wird es möglich, die Repräsentativität zu validieren und die Befragungsergebnisse zu normalisieren, so dass über die einzelnen Zielgruppen vergleichbare Aussagen dargestellt werden können. Im Fall definierter Zielgruppen ist es möglich, durch gezieltes Nachfassen bei schlechter Beteiligung innerhalb eines Panels die Beteiligungsquote zu stärken.

Die Befragung wird als Panel (eine festgelegte Gruppe von Akteuren) angelegt, um Veränderungen über die Zeit zielgruppenorientiert nachvollziehen zu können. So wird es möglich, die Wirkung bestimmter Aktionen (bspw. Pressearbeit, Veranstaltungen), aber auch externer Ereignisse (bspw. Überschwemmung / Sturm mit öffentlicher Zuschreibung zu dem Klimawandel) auf die unterschiedlichen Zielgruppen (bspw. je Handlungsfeld) bestimmen zu können.

Bei den Befragungen wird nicht nur nach den Handlungsfeldern, sondern auch nach den Gruppen „Wissenschaft“, „Wirtschaft“ und „Verwaltung“ unterschieden, um neben der individuellen Einschätzung der Befragten auch Unterschiede in der Problem- und Betroffenheitswahrnehmung identifizieren zu können.

Im Darstellungsportal werden die abgelaufenen Befragungen und ihre Auswertungen präsentiert.

3.2 Maßnahmendatenbank

Während Experten und die Wissenschaft bereits gut in den Konsultationsprozess eingebunden sind, ist dies bislang bei der Wirtschaft nicht ausreichend gelungen. Dies kann aus einer noch unterentwickelten Problem- bzw. Betroffenheitswahrnehmung resultieren, aber auch in bislang ausgebliebenen „Anreizen“ begründet sein.

Daher wird eine Maßnahmendatenbank mit beschreibender und räumlicher Darstellung der Maßnahmen sowie eine Verknüpfung mit einem noch zu entwickelnden Wettbewerb „Anpassungsstrategie 2009 / 2010 / ...“ vorgeschlagen.

3. Online-basierte Angebote

In der Maßnahmendatenbank können alle Interessierten ihre Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel einstellen und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Darstellung kann neben einem Titel, einer Beschreibung und weiterführenden Daten (über Dokumente, Bilder und Links) auch eine Zuordnung zu den Sektoren und Schlagworten für die Suche beinhalten.

Sind die Maßnahmen räumlich verortet (Angabe von Straße, Hausnummer und Postleitzahl / Ort) können sie ebenfalls auf einer Karte räumlich dargestellt werden.

Das Recht, Maßnahmen zu Anpassungsstrategien und Umsetzungen einzustellen steht prinzipiell jedem zu. Um aktiv an der Maßnahmendatenbank mitwirken zu können, benötigen Interessierte lediglich den Status eines „Redakteurs“. Diesen können Sie online beantragen. Die Interessierten übernehmen die volle Verantwortung für die durch sie eingetragenen Daten.

Um die inhaltliche Qualität der eingestellten Maßnahmen zu fördern, ist es optional denkbar, dass sich die Redakteure eingestellter Maßnahmen an dem noch zu entwickelnden Wettbewerb „Anpassungsstrategie 2009 / 2010 / ...“ beteiligen. Einzelne Projekte werden dann von den Redakteuren für den Wettbewerb gemeldet.

3.3 Terminkalender

Für Veranstaltungen, die sich mit dem Themenfeld „Anpassung“ befassen, wird eine einheitliche und zentrale Terminübersicht eingerichtet.

In den Terminkalender sollen über das KomPass-Team hinaus, alle Interessierten ihre Veranstaltungstermine einstellen und der Öffentlichkeit zugänglich machen können. Die Darstellung kann neben einem Titel, einer Beschreibung und weiterführenden Daten (Dokumente, Bilder, Links) auch eine Zuordnung zu den Sektoren und Schlagworten für die Suche beinhalten.

Sind die Veranstaltungstermine räumlich verortet (Angabe von Straße, Hausnummer und Postleitzahl / Ort), werden sie ebenfalls auf einer Karte räumlich dargestellt.

Das Recht Veranstaltungstermine einzustellen, steht prinzipiell jedem zu. Um aktiv an dem Terminkalender mitwirken zu können, benötigen Interessierte lediglich den Status eines „Redakteurs“, der online beantragt werden kann.

Perspektivisch kann dieser Bereich um eine Funktion „Expertenkontakte“ ergänzt werden. Es ist anzunehmen, dass Veranstaltungen von sachkundigen Personen / Institutionen angeboten werden und dort ebenso sachkundige Personen auftreten. Diesem Personenkreis könn-

ten Profile zugeordnet werden, in denen neben den Kontaktdaten die Qualifikationen besonders beschrieben und „verschlagwortet“ werden. Über eine Online-Schnittstelle ist dann möglich, zu bestimmten Schlagworten oder Sektoren sachkundige Personen / Institutionen als Expertenkontakte zu finden.

Eine weitere Option ist die Implementierung von Benachrichtigungsfunktionen und RSS-Feeds. Im Bereich „Benachrichtigungsfunktion“ können sich Interessierte für bestimmte Sektoren / Handlungsfelder in einen E-Mail-Verteiler eintragen lassen. Alternativ oder ergänzend können RSS-Feeds eingesetzt werden. Bei einem RSS-Feed wird dieser durch Eingabe der Adresse des Feeds in einem FeedReader (oftmals bereits im Webbrowser implementiert) wie ein Newsticker abonniert. Auch hier können je nach Ausgestaltung mehrere Feeds eingerichtet werden, die beispielsweise die oben bereits benannten Kriterien (neu eingetragene Veranstaltungen in den letzten sieben Tagen oder Veranstaltungen in den kommenden vier Wochen) bedienen.

4. Projektrecherche und Broschüre zur DAS

Das Internetportal www.anpassung.net hält in einer Datenbank Informationen über nationale und internationale Anpassungsprojekte bereit. Über das Forschungsvorhaben wurden insbesondere internationale Aktivitäten recherchiert. Diese Recherche fokussierte auf die EU-Mitgliedstaaten und auf in englischer Sprache veröffentlichte Informationen. Die fehlende Verfügbarkeit englischsprachiger Projektinformationen führte dazu, dass zu einigen Mitgliedsstaaten der EU keine Datenblätter gefüllt werden konnten. Andere Staaten, wie zum Beispiel die skandinavischen Länder, sind mit ihren Aktivitäten zur Anpassungsforschung (durch englischsprachige Veröffentlichungen) deutlich präsenter und daher in den recherchierten Projekten überrepräsentiert.

Die recherchierten Projekte wurden in den Projektdatenkatalog eingepflegt und sind auf www.anpassung.net und unter www.portalu.de verfügbar.

Im Rahmen des Vorhabens wurde eine Broschüre mit allgemeinen Information zur DAS, einer Übersicht guter nationaler und internationaler Projekte und Studien zur Anpassung den nächsten Schritten im Informations- und Kommunikationsprozess vorbereitet. Diese wird nach Abschluss des Berichtes durch das UBA veröffentlicht.

5. Empfehlungen zur weiteren Dialoggestaltung

Anmerkung: Die folgenden Empfehlungen, Einschätzungen und Feststellungen wurden nicht direkt von den Gesprächspartnern der Interessenanalyse genannt. Sie wurden vielmehr aufbauend auf den Ergebnissen der Interessenanalyse und den vorliegenden Erfahrungen der Kooperationspartner bei einer dialogorientierten Prozessgestaltung in anderen Politikfeldern in der Arbeitsgemeinschaft zwischen IKU GmbH, tetraeder.com GmbH und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH entwickelt.

Das BMU hat im Jahr 2006 mit der Einrichtung des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung (KomPass) am Umweltbundesamt eine Einheit geschaffen, die die Erarbeitung der nationalen Anpassungsstrategie mit fachlicher und umweltpolitischer Beratung unterstützt. Dazu vorhandene Informationen werden kontinuierlich verfügbar gemacht, insbesondere durch das Internetportal www.anpassung.net, Broschüren und Veranstaltungen mit unterschiedlichen Zielgruppen (Wissenschaft, Wirtschaft, Verbände, etc.).

Die DAS vom Dezember 2008 zeigt auf, dass sich in den letzten Jahren die Wissensbasis zu kleinräumlichen Auswirkungen des Klimawandels und schutzgutbezogenen Empfindlichkeiten wesentlich verbessert hat. KomPass wird die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit weiter verstärken, um den aktuellen Stand des Wissens zu möglichen Klimafolgen, den sich daraus ergebenden Handlungserfordernissen und -möglichkeiten aktiv zu vermitteln. Die Bundesregierung will das Thema Anpassung an den Klimawandel verstärkt bei der Erarbeitung von Bildungsmaterialien berücksichtigen.

Die Anpassung an den Klimawandel ist eine Querschnittsaufgabe zwischen den horizontalen und vertikalen Zuständigkeiten staatlicher Organe. Die von der Bundesregierung eingerichtete Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) „Anpassungsstrategie“ wird hier entsprechende Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Anpassung benennen. Außerhalb staatlicher Zuständigkeiten wird die IMA gesellschaftliche Akteure über die Schaffung von Anreizsystemen und geeigneten Rahmenbedingungen für Eigeninitiative und Verantwortungsübernahme aktivieren.

Die Vermittlung der Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen befindet sich aber trotzdem in einem Dilemma. Ein Risikobewusstsein / Bewusstsein von Betroffenheit und Impulse zur Erzeugung von Eigeninitiative lassen sich leichter erzeugen, wenn Klimaveränderungen kleinräumlich konkret beschreibbar und bestimmbar sind. Wissen dazu ist zwar vorhanden, mit der Information und Kommunikation darüber tun sich viele Politiker und Entscheidungsträger in der öffentlichen Auseinandersetzung allerdings noch schwer: sie befürchten eine Verminderung des Handlungsdrucks zur Erreichung höherwertiger Ziele des Klimaschutzes und/oder sorgen sich um die Eskalation von Interessen- und Nutzungskonflikten.

Die Feststellung, dass ein Klimawandel in Deutschland eintreten wird, ist zwar weitgehend einvernehmlich. Zu den Zeiträumen und der Frage, welche gesellschaftlichen und ökologischen Bereiche davon in welchem Ausmaß auf regionaler oder lokaler Ebene betroffen sein werden, gibt es entweder noch zu wenig solide Informationen und/oder es fehlen akzeptierte Bewertungsmaßstäbe. Es sind Interessengegensätze zu erwarten, deren Aushandlung eines Rahmens für aktive Kommunikation und Aushandlung bedarf.

Um hier Stillstand und Verunsicherung zu vermeiden, sind eine aktive und zielgruppenspezifische Information sowie die Schaffung von Raum für Dialog und Verständigung erforderlich.

Motivation und Nutzen eines Dialogs

Die Interessenanalyse hat ergeben, dass ein Dialog zum Aktionsplan Anpassung sinnvoll ist und mit Mitwirkungsbereitschaft von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu rechnen ist.

Gleichzeitig ergeben sich aus den Äußerungen aber auch skeptische Aussagen, ob zum jetzigen Zeitpunkt die Zeit reif für eine Debatte über thematische Prioritäten und konkrete Maßnahmen ist. Einige begründen dies mit zu unsicheren Prognosen, andere haben die Schwelle zur (eigenen) Betroffenheit, an der individuelle Handlungsbereitschaft ausgelöst wird, noch nicht erreicht. Hier gilt es, den Dialog nicht auf klassische Konsultation und die Benennung von Eigenverantwortung zu reduzieren, sondern über die Bearbeitung von Querschnittsthemen zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung zu aktivieren. Als Voraussetzung dazu sollte zunächst Transparenz über einen Zugang zu vorliegendem Wissen geschaffen werden. Hierzu ist mit den Aktivitäten von KomPass auf den Internetseiten von www.anpassung.net ein erster guter Schritt getan worden. Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollten neben dem Zugang zu Ergebnissen der parallel laufenden Arbeit der IMA Plattformen zur Knüpfung von strategischen Allianzen geboten werden. Ziel dieser strategischen Allianzen sollte der Austausch von Wissen und Erfahrungen über Auswirkungen des Klimawandels und die Initiierung der Wahrnehmung von Eigenverantwortung sein. Der Nutzen einer akteurs- und sektorübergreifenden Kommunikation sollte erkennbar werden, um damit eigene und akteurspezifische Strategien (weiter) entwickeln zu können.

Der Start eines Dialogs zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wird nicht einfach werden. Es liegt teilweise Misstrauen wegen gescheiterter oder schwieriger Dialoge der Vergangenheit vor. Die „IMA Anpassungsstrategien“ hat wegen der Breite der Themen und der Vielfalt der Zuständigkeiten ebenfalls keine leichte Aufgabe. Zudem sind neue Prinzipien der Governance nur den wenigsten Akteuren bekannt und vertraut. Diesen Bedenken sollte in der Startphase des Dialogs über eine aktive Einbeziehung der Akteure schon in der Phase der Dialoggestaltung Rechnung getragen werden. Und die Erwartungen an den Aktionsplan

2011 und der Beiträge aus dem Dialog sollten nicht zu hoch geschraubt werden. Hier sollte der dynamische Charakter der Anpassungsstrategie insgesamt betont werden.

Akteure

Die Vertreter der Wasser- und der Versicherungswirtschaft haben in den Gesprächen großes Interesse an einem Dialog angemeldet; ihnen sollte schon jetzt eine aktive Rolle in der Ausgestaltung des Aktionsplans gegeben werden.

Die bisher an den Fachkonferenzen und der Auftaktveranstaltung beteiligte Akteurszene aus Verbänden der Naturschutzes, der Entwicklungshilfe und Vertretern der Wirtschaft sollte durch Institutionen aus dem sozialen Bereich (Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen, etc.) ergänzt werden, um neue Perspektiven und Lösungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Die „IMA Anpassungsstrategie“ koordiniert im Rahmen des Dialogs die Beiträge aus Bundesländern und Kommunen und konkretisiert die Vorbildfunktion des Bundes über die Benennung von Anpassungsmaßnahmen des Staates (Impulsgeber). Sie benennt Forschungs- und Regelungsbedarf und liefert Beiträge für die Öffentlichkeitsarbeit und Bildung.

Themen

Bei der Festlegung der Themen für einen Dialog für den Aktionsplan Anpassung sollten nicht die sektoralen Handlungsfelder, sondern die bereits in dem Kabinettsbericht zur DAS genannten Querschnittsthemen im Vordergrund stehen. Bei einem „sektoralen“ Dialog in den Handlungsfeldern würden Synergien nicht erkannt und es besteht die Gefahr sich hier in existierenden „Settings“ der Aushandlung zu wiederholen.

Die Querschnittsthemen sollten besonders relevante Handlungsfelder abdecken. Aus verschiedenen Analysen bieten sich hierfür an:

- Risikomanagement für Anpassung an den Klimawandel
- Schutz Kritischer Infrastrukturen (u.a. Energie, Verkehr, Telekommunikation)
- Wasser und Landnutzung
- Raumplanung / Raumordnung

Bei der zeitlichen Auswahl der Bearbeitung von Querschnittsthemen sollte in der Startphase eines Dialogs nicht auf die größten Konfliktfelder, sondern auf die größten Lösungspotenziale orientiert werden.

Dialoggestaltung

Der Entwicklungsprozess zum Aktionsplan und die damit verbundene Einbeziehung von Interessengruppen sollte nicht als klassische Konsultation (Staat legt vor, Gesellschaft kommentiert) angelegt, sondern als kooperative Aufgabe (Governance) definiert werden.

Der Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollte eine Plattform geboten werden, um Beiträge über strategische Allianzen und Kooperationen beizusteuern. Das Primat des Dialogs und der Kooperation sollte in der Definition und Wahrnehmung von Eigenverantwortung und in der Definition gemeinsam wahrgenommener gesellschaftlicher Verantwortung liegen.

Der Dialogprozess sollte Top-down und Bottom-up angelegt werden.

Top-Down empfehlen wir als Klammer für ein gemeinsames Aktionsprogramm die Einrichtung eines Gremiums zu Steuerung des Dialogs zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft – parallel zu Koordination der staatlichen Aktivitäten der IMA. In diesem Gremium sollten nicht die Wissensträger oder Verbände dominieren, sondern Akteure die Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung haben und die bereit sind zum Handeln.

Bottom-Up kann der Dialog über eine aktive Information und Vernetzung eines breiten Stakeholder-Kreises begleitet werden. Hierzu werden Initiativen für Begegnungen und Erfahrungsaustausch eingerichtet bzw. fortgeführt. Insbesondere sind die in diesem Vorhaben entwickelten Online-Tools, die bereits etablierten Stakeholderdialoge von KomPass und die Fachkonferenzen des Bundesumweltministeriums zu nennen.

Ziel und Ergebnisse des Bottom-up Ansatzes sind a) Initiierung von Beiträgen für Eigenverantwortlichkeit bereits umgesetzter sowie künftig umzusetzender Anpassungsaktivitäten / -maßnahmen und b) einen Überblick konkreter Maßnahmen anderer Akteure sowie Anforderungen an die Weiterentwicklung der DAS zu erarbeiten.

Um insbesondere fach- und akteursgruppenübergreifende, konsistente und stringente Stakeholderdialoge einzurichten, ist ein einheitliches methodisches Format erforderlich. Hierzu könnten z.B. Dialoge nach der „Marktplatz“-Methode durchgeführt werden, weil sie in besonderem Maße die Begegnung von Profit- und Non-Profit-Organisationen fördern. Über die Marktplätze können Kooperationen und Allianzen für die Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft angestoßen werden. Wir schlagen vor, diese Marktplätze unter die Schirmherrschaft eines bestimmten Akteurs/Interessenvertreters (bspw. Versicherung, Finanzwirtschaft, Energieversorger, Wasserversorger, chemische Industrie, Reiseveranstalter) zu stellen. Arbeitsergebnisse und Verantwortung (Schirmherrschaft) werden im Sinne einer „Staffelübergabe“ von Dialog zu Dialog weitergegeben. So

können folgende Dialoge auf den Ergebnissen der vorhergehenden aufsetzen, bspw. zu Anforderungen an den DAS-Entwicklungsprozess.

Ausblick

Die Ergebnisse der Gespräche der Interessenanalyse bilden nur einen Teil der Akteurslandschaft ab. Trotzdem bieten sie aus unserer Sicht eine gute Chance für eine Weiterführung der Dialoggestaltung. Und der Aktionsplan als Pilot für einen Dialog zur Anpassung ein gutes Ziel.

Die Internetseiten von KomPass (www.anpassung.net) sollten weiter als das zentrale Portal zur Bereitstellung und dem Austausch von Wissen ausgebaut werden. Hiermit ergibt sich virtuell – neben den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Dialoggestaltung - ein zentraler Ankerpunkt in der DAS. Mit den in dem Vorhaben entwickelten Online-Tools (Meinungsbarometer, interaktiver Terminkalender und Maßnahmendatenbank) werden dazu wichtige Elemente hinzugefügt. Perspektivisch sind hier eine Ergänzung eines Anpassungs-Wikipedia und die Einstellung von interaktiven Risiko- und Projektkarten denkbar.

Was kann weiter getan werden? Aus Sicht der Gesprächspartner sollten vor allem bekannte und akzeptierte „Köpfe“ für einen Dialog gewonnen werden, darunter idealerweise Integrationsfiguren und Generalisten mit einer „Systembrille“ für die Schnittstellenbearbeitung. Dies kann gut über die vorgeschlagene Marktplatzmethode erreicht werden. Die Gewinnung von Integrationsfiguren und Galionsfiguren eröffnet zudem Chancen für die Einrichtung eines Gremiums zur Top-Down-Steuerung des Dialogs mit Stakeholdern.

6. Anhang

6.1 Gesprächspartner der Interessenanalyse

Institution	Name	Persönliches Gespräch	Telefonisches Gespräch
Allianz Versicherung	Dr. Lutz Cleemann (Allianz Zentrum für Technik)	X	
BASF AG	Cordula Mock-Knoblauch (Mitarbeiterin des Klimaschutzbeauftragten)		X
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	Franz-Josef v. Kempis		X
Bund Deutscher Forstleute	Gregor Schießl (stellv. Bundesvorsitzender)		X
Bundesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD)	Dr. Klaus Walter (Vorsitzender)		X
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)	Marcel Schäufele (Bereichsleiter mit Funktionen eines Klimabeauftragten)		X
Bundesverband Erneuerbare Energien	Rainer Hinrichs (Vorstand)		X
CIPRA Deutschland	Andreas Güthler		X
Deutsche Bank Research	Eric Heymann (Senior Economist Deutsche Bank Research)		X
Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches	Claudia Castell-Exner		X
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA)	Otto Schaaf		X
Deutscher Bauernverband	Steffen Pinggen (Umwelt); Dr. Jens Rademacher (Ackerbau)		X
Deutscher Forstverein (DFV)	Wolfram Zimmeck (Klimabeauftragter)	X	
Deutscher Gewerkschaftsbund	Heike Kauls (Bereichsleiterin Energie und Umweltpolitik, DGB-Bundesvorstand)		X

Institution	Name	Persönliches Gespräch	Telefonisches Gespräch
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Meike Albers (Projektreferentin Regionale Auswirkungen von Klimafolgen, Demografie und Umweltrestriktionen) und Herr Kreikenbaum (Referatsleiter Energie, Klimaschutz)	X	
Deutscher Landkreistag	Dr. Ralf Bleicher (Bereichsleiter Umwelt) (Dezernat Umwelt, Verkehr, Planung)		X
Deutscher Städte- und Gemeindebund	Simon Burger (Fachbereich Umwelt und Städtebau)		X
Deutscher Tourismusverband	Dirk Dunkelberg (stellv. Hauptgeschäftsführer)		X
EcoVin, Bundesverband Ökologischer Weinbau	Götz Drewitz		X
Ev. Entwicklungsdienst EED	Pfarrer Jürgen Reichel (Referatsleiter Entwicklungspolitischer Dialog)		X
GdW - Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen	Ingrid Vogler (Referentin für Energie, Technik, Normung)		X
Germanwatch	Christoph Bals (Politischer Geschäftsführer)	X	
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)	Rainer Schönberger		X
Internationale Kommission zum Schutz der Elbe	Slavomir Vosika		X
Münchener Rückversicherungsgesellschaft	Ernst Rauch (Corporate Climate Center)		X
Naturschutzbund Deutschland (NABU)	Nicolai Schaaf (Referent für Klimawandel und Biodiversität)	X	
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)	Dr. Jürgen Kropp (Klimawirkungen und Vulnerabilität)	X	
TÜV Rheinland Consulting GmbH	Prof. Hermann Thomann (Geschäftsführer)		X
Umweltjournalist (u.a. für DIE ZEIT)	Fritz Vorholz		X
Umweltjournalist (u.a. für D-Radio)	Ralf Ahrens		X

6. Anhang

Institution	Name	Persönliches Gespräch	Telefonisches Gespräch
Verband der Chemischen Industrie (VCI)	Dr. Jörg Rothermel (Leiter Energiepolitik, Klimaschutz, Rohstoffpolitik)		X
Verband kommunaler Unternehmen (VKU)	Michael Wübbels (stellv. Hauptgeschäftsführer, Leiter Abteilung Energiewirtschaft)		X

6.2 Gesprächsleitfaden zur Interessenanalyse

Einstieg

Kommunikationskonzept zur Erarbeitung eines Aktionsprogramms im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie

Gesprächsleitfaden Interessenanalyse, Stand 090312

- Gesprächspartnerin/Institution: _____
- Interviewerin: _____
- Auftraggeber: UBA
- Dauer des Gesprächs (ca. 1 ½ Stunde), telefonisch 1 Stunde
- Hintergründe: Laufendes Forschungsvorhaben UBA IKK DAS. Zielaussage in der DAS zur aktiven Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen bei der Erarbeitung des Aktionsprogramms. Diese (Dialog)-Aufgabe ist konzeptionell schwierig und erfordert Mitwirkung schon bei der Gestaltung
- Hinweise auf die anderen Gesprächspartner geben
- Ziele der Gespräche
 - Einstellungen, Haltungen und Wissen zur DAS sondieren
 - Interessen / Anforderungen und Bereitschaft für eine Mitwirkung an der Erarbeitung des Aktionsprogramms 2011 (im Dialog) ausloten
 - Ergebnisse werden in einem öffentlich zugänglichen Bericht von uns zusammengefasst. Ergebnisse werden auf dem Auftakt zur DAS im Mai präsentiert

Einstieg

1. In welchen (beruflichen) Zusammenhängen haben Sie mit dem Thema „Anpassung an den Klimawandel“ zu tun?

1. In welchen (beruflichen) Zusammenhängen haben Sie mit dem Thema „Anpassung an den Klimawandel“ zu tun?
2. Wie informieren Sie sich persönlich zu diesem Thema?
3. Ist Ihnen der Kabinettsbericht aus Dezember '08 zur DAS bekannt? Wenn ja, welche Inhalte (Handlungsfelder) finden Sie besonders interessant?
4. Wer diskutiert zurzeit über Chancen und Risiken der Anpassung an den Klimawandel (Fachöffentlichkeit; Verbände, Politik, Wirtschaft, Bevölkerung, etc.)? Wie nehmen Sie die Diskussion wahr? optional nachhaken: Wann und zu welchem Thema rechnen Sie mit einer derartigen Debatte in der breiten Öffentlichkeit in Deutschland?

Themen und zukünftige Entwicklung

5. Welche Handlungsfelder der Anpassung an den Klimawandel sind besonders wichtig? (nach Gründen für die Bewertung fragen)
6. (falls durch Antwort auf Frage 5 noch nicht beantwortet): In welchen Handlungsfeldern sehen Sie kurzfristigen/dringenden Handlungsbedarf?
7. Welches Thema wird zukünftig die öffentliche Diskussion um das Thema Anpassung an den Klimawandel beherrschen? Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung?
8. Wo sehen Sie Chancen der Anpassung an den Klimawandel? Welche Informationen wünschen Sie sich dazu? Wer sollte diese bereitstellen?
9. Wo sehen Sie Risiken der Anpassung an den Klimawandel? Welche Informationen wünschen Sie sich dazu? Wer sollte diese bereitstellen?
10. Was müsste Ihrer Ansicht nach passieren, damit die DAS oder einzelne Akteure in der Bildzeitung negativ in die Schlagzeilen geraten?

11. Was müsste geschehen, damit eine positive Nachricht zur DAS in der gleichen Zeitung dargestellt würde?

Dialog

12. Welche Inhalte sehen Sie für den Aktionsplan zur DAS? (ggf. nachfragen, falls sich Aussagen nur auf den Staat beziehen)
13. Von wem sollten diese Inhalte des Aktionsplans erarbeitet werden?
14. Wie können Akteure für eine Mitwirkung an der Erstellung und Umsetzung des Aktionsplans gewonnen werden?
15. Bei welchen Themen/Aufgaben erwarten Sie Konflikte? Von wem? Warum?
16. Bei welchen Themen halten Sie eine Beteiligung/einen Dialog für erforderlich? Bei welchen Themen würden Sie davon eher abraten?
17. Welche Strukturen halten Sie für diese Mitwirkung/einen Dialog für sinnvoll/erforderlich?
18. Wie sähe ein optimales Ergebnis dieses Dialogs aus Ihrer Sicht aus?
19. Wer müsste unbedingt an einem Dialog zum Aktionsplan der DAS beteiligt werden? Evtl. Bezug zu Frage 13 (Inhalte) herstellen
20. Wie schätzen Sie das Interesse und die Bereitschaft anderer NGOs / der Wirtschaft zum einem Dialog zur DAS ein?

Abschluss

21. Welche Informationen zu dem Thema Anpassung (Internetseiten, Fachartikel, graue Literatur) können Sie uns zum Thema empfehlen?
22. Möchten Sie weiter Infos / Einladungen rund um die DAS erhalten?
23. Mit wem sollten wir noch reden?
24. Möchten Sie uns sonst noch etwas mit auf den Weg geben?

Vielen Dank für das Gespräch!